

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 11. Dezember 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Wiener Gemeinderat setzt die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 fort. Zum Wort gelangt Gemeinderat Pfeiffer (E.L.). Seine Ausführungen beschäftigen sich vor allem mit dem Bericht des Kontrollamtes über die wichtigeren Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1927. Gemeinderat Pfeiffer weist zunächst darauf hin, dass das Kontrollamt jedem Kritiker gegenüber ein stummer Gegner ist. Dieser Zustand ist ungesund und bedarf der dringendsten Abhilfe. Bei aller Anerkennung des Wertes einer Gebarungskontrolle, hat das Kontrollamt dennoch weitgehendere Aufgaben. Es hat neue Wege zu zeigen und Anregungen zu geben, das Kontrollamt muss auf alle Wirtschaftsführungen der Gemeinde Wien Einfluss nehmen. Das Kontrollamt muss mit der grössten Autorität ausgestattet sein. Welches System eines Kontrollamtes ist nun für die Gemeinde Wien das wünschenswerteste? Was heute das Kontrollamt darstellt ist nicht das, was wir wünschen. Ein auffälliger Mangel ist schon, dass das Kontrollamt ausschliesslich nur aus Beamten besteht. Der Kontrollausschuss des Landes Niederösterreich hingegen setzt sich aus sechs gewählten Funktionären und einem Beamten zusammen. Dem Kontrollausschuss ist auch das Landeskontrollamt beigegeben. Der Vorteil eines solchen Kontrollapparates besteht darin, dass die gewählten Funktionäre des Kontrollausschusses jederzeit berechtigt sind, dem niederösterreichischen Landtag Bericht zu erstatten, was natürlich sehr viel wert ist. Die beste Art der Kontrolle der Gebarung der Gemeinde Wien wäre aber schliesslich die Kontrolle, die durch den Bundesrechnungshof ausgeübt wird. Das Kontrollamt berichtet nur über solche Wahrnehmungen, deren Bemängelung schon längst erledigt ist. Es mangelt auch an einem schriftlichen Verkehr des Kontrollamtes mit den einzelnen Abteilungen. Auffallend ist es auch, dass das Kontrollamt noch nicht den Weg zum Finanzausschuss gefunden hat. Die Berichterstattung des Kontrollamtes einmal im Jahr ist von ganz geringer Bedeutung, sehr notwendig hingegen wäre, dass das Kontrollamt im Laufe des Jahres wiederholt berichtet. Der Bericht des Kontrollamtes über die Kassengebarung ist mehr als dürftig. Nur bei einer gewissenhaften Prüfung des Berichtes des Kontrollamtes kommt man auf Dinge, von denen man sonst nichts erfährt. Die Feststellung einer Ueberschreitung darf nicht allgemein, sondern muss bei jeder einzelnen Ueberschreitung erfolgen, da dem Gemeinderat ja nur dann gedient ist, wenn er von jeder Ueberschreitung in Kenntnis gesetzt wird. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass solche Berichte des Kontrollamtes, wie uns heute einer vorliegt, nur einen rein historischen Wert haben. Die Arbeit des Kontrollamtes hinsichtlich der Berichterstattung an den Gemeinderat muss eine ganz andere werden. Schliesslich stellt Gem. Rat Pfeiffer den Antrag, die Stellung des Kontrollamtes der Bundeshauptstadt Wien den Grundsätzen anzupassen, die für die Stellung des Bundesrechnungshofes massgebend sind. (Beifall).

GR. Haider (E.L.) wendet sich zunächst dagegen, dass im Vorschlag die für den Religionsunterricht vorgesehene Post um ein bedeutendes unter <sup>schritten</sup> würde, was <sup>er</sup> auf eine Animosität gegen den Religionsunterricht zurückzuführen sei. Auf dem Gebiet der Kleinrentnerfürsorge hätten ganz leicht höhere Beträge verwendet werden können. Der Kleinrentnerausschuss arbeitet ausserordentlich langsam. Es wird auch gar kein Versuch unternommen, die Minorität, die <sup>mehr als</sup> es abgelehnt hat, in diesem Ausschuss mit dem <sup>moralisch be-</sup> lasteten Dr. Zalmann zusammenzuarbeiten, zur Mitarbeit in dem Ausschuss

heranzuziehen. Bei einer ganzen Reihe von Steuern wurden ganz gewaltige Summen mehr eingenommen als präliminiert. Insbesondere muss man sich dagegen wenden, dass sozialdemokratische Vertrauensleute bei den Gewerbetreibenden herumgehen und ihnen raten sich rot zu organisieren, da sie dann aus der Nahrungs- und Genussmittelabgabe herauskommen. Unwürdig der Gemeindeverwaltung ist die Steuerkontrolle in den Stundenhôtels, Den Mangel an charitativem Empfinden zeigt die Verwaltungsgruppe III wo um 1'2 Millionen Mehreinnahmen erzielt wurden. Auch bei den Schulzahnkliniken wurde erheblich gespart. GR. Haider beschwert sich darüber, dass in der letzten Zeit einer ganzen Reihe von 70 bis 80jährigen Pfründern die Pfründen um verhältnissmässig <sup>kleine</sup> Summen gekürzt wurden. Auch für die Strassenerhaltung und den Strassenbau zeigt die Gemeindeverwaltung nicht das richtige Verständnis. Der Redner ersucht den Stadtrat Breitner um Aufklärung über die Differenz zwischen Präliminare und laufender Gebarung bei der Post Gemeindegelder und spricht die Vermutung aus, dass die Mehreinnahme auf Strafsummen zurückzuführen seien, die von den Holzgläubern eingehoben werden. Insbesondere wendet sich Gemeinderat Haider gegen die gewaltigen Ausgaben für die Gemeindegelder, die im Jahre 1927 eineinhalb Millionen betragen haben, im Jahre 1928 auf drei Millionen und im Jahre 1929 gar auf vier Millionen gestiegen sind. Daraus ersieht man, was noch alles die Gemeinde mit dieser Gemeindegelder vor hat. Wir fragen, wozu die Gemeindegelder überhaupt auf der Welt ist. Offenbar nur zu dem Zweck, um mit Steuergeldern eine sozialdemokratische Armee zu erhalten. Dabei ist nirgends der Stand der Gemeindegelder angegeben. Unerklärlich ist auch die Mehreinnahme bei der Post "Gebühren für die Aufnahme in den Gemeindeverband". Diese Post soll sich daraus erklären, dass die Gemeinde Hunderte und Tausende polnischer Juden in den Heimatverband aufnimmt und sich dafür hohe Aufnahmegebühren bezahlen lässt. Einer Aufklärung bedarf auch der Mehrbetrag bei den Posten "Rückersatz von Wahlkosten" und "Verschiedene Ausgaben für Wahlangelegenheiten". Für diese Zwecke ist die ungeheure Summe von 360.000 Schilling ausgegeben worden. Der Redner protestiert schliesslich dagegen, dass in Amtsgebäuden die aus Steuergeldern erhalten werden, sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, wie zum Beispiel unlängst im Gebäude der städtischen Elektrizitätswerke eine Versammlung sozialdemokratischer Jugendlicher abgehalten wurde und erklärt gegen den Rechnungsabschluss zu stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

St. R. Breitner befasst sich in seinem Schlusswort mit den Ausführungen der einzelnen Debatteredner. Er stellt zunächst gegenüber dem Gemeinderat Zimmerl fest, dass die heutige Mehrheit dem grossen Sozialisierungswerk, dass die frühere Gemeindeverwaltung durch Uebernahme von Gas, Strom und Verkehrswesen in die Hand der Gemeinde <sup>niemals</sup> schuf, ihre Anerkennung versagt habe. Und es wäre <sup>nur</sup> zu wünschen wenn die heutige Minderheit mit derselben Objektivität die Arbeiten der Mehrheit würdigen wollte. Von einem Zusammenbruch des städtischen Wohnbauprogrammes kann nicht gesprochen werden. Richtig ist, dass in den Jahren 1926 und 1927 für den Wohnbau grössere Summen verwendet werden konnten, als dies im Jahre 1928 geschehen ist und im Jahre 1929 geschehen wird. Die hierfür eingesetzten Beträge reichen aber aus, um das in den Wahlen von der Mehrheit aufgestellte Wohnbauprogramm durchführen zu können und ich kann die bindende Erklärung abgeben, dass wir, mögen die Schwierigkeiten auch noch so gross sein, von diesem Programm nicht ein Itöpfelchen unerfüllt lassen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Gegenüber den Aeusserungen der Minderheitsredner <sup>nur</sup> stellt Stadtrat Breitner fest, dass für Grundankäufe eine <sup>verwendet</sup> bescheidene Summe <sup>und</sup> dass sich im Gegenteil das Fehlen eines vernünftigen Enteignungsgesetzes immer fühlbarer macht, eine Schwierigkeit, mit der auch jede Bundesaktion auf dem Gebiete der Wohnbauförderung zu kämpfen haben wird. Dem Kontrollamte von

den Minderheitsrednern gezollten Lob schliesst sich Stadtrat Breitner restlos an. Nicht so der Auffassung, die aus den Reden der Minderheit herausklingt, man möge das Kontrollamt auflösen und dem Rechnungshof die Kontrolle über die Gemeindegebarung überlassen. Die Verlockung, uns der Kontrolle des Rechnungsamtes zu unterstellen, ist nicht überaus gross. Nicht etwa weil wir fürchten, diese oder jene kleine Pikanterie könnte aufgezeigt werden. Aber wir legen uns da die Frage vor: wo war zum Beispiel der Rechnungshof bei der Postsparkassenangelegenheit? (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Damals hat man dem Rechnungshof, alser den Versuch einer Revision machte, erklärt, die Postsparkasse sei ein gemischtes Institut, auf das auch die Nachfolgestaaten Einfluss hätten. Den Nachfolgestaaten fällt es aber nicht ein einen einzigen Groschen der Verluste bei der Postsparkasse zu ersetzen (Heiterkeit und Sehr gut! bei der Mehrheit). Das Kontrollamt versieht seine Aufgaben inganz vorkorragender Weise und <sup>von</sup> der Unabhängigkeit seiner Beamten und insbesondere seines Chefs ist zu erwarten, dass es von seinem Rechte <sup>Beliebig</sup> oft Bericht zu erstatten, <sup>notwendigen</sup> Falls Gebrauch machen wird. Wenn man den ausserordentlich umfassenden Tätigkeitsbereich des Kontrollamtes kennt und weiss, dass es ununterbrochen die Arbeit von 40 Beamten in Anspruch nimmt, wird man sich für den von Gemeinderat Pfeiffer gemachten Vorschlag, auch gewählte Mandatare mit der Kontrolle zu befassen, nicht entscheiden können. <sup>Uiese</sup> <sup>mussten ganz</sup> Mandatare/sich/ausschliesslich der Kontrolltätigkeit widmen. Stadtrat Breitner gedenkt sodann des auch von der Minderheit erwähnten einträchtigen/Zusammenwirkens von Vertretern der Mehrheit und Minderheit in einer Reihe von Gemeindeinstitutionen, so in der Verwaltung der Zentralsparkasse und der städtischen Versicherungsanstalt, und leitet daraus die Folgerung ab, dass die Auffassung der Sozialdemokraten, die Minderheit an der Verwaltung im weitestgehenden Masse teilnehmen zu lassen die richtige sei, eine Auffassung, der man im anderen Hause auch nicht im entferntesten huldigt. Dabei braucht nicht geleugnet zu werden, dass trotz allem bei dem einen oder anderen Unternehmungen gewisse vorübergehende Misserfolge die aber finanziell ganz bedeutungslos sind, zu verzeichnen waren. Die Obst- und Gemüse A. G. zum Beispiel, eine Unternehmung die im Krieg geschaffen wurde, hat unter den allgemeinen Schwierigkeiten der Obstbranche, plötzlich schwere Fröste im Mai- unter denen eine Reihe alter Firzen dieser Branche zusammengebrochen sind und unter Personalfragen zu leiden gehabt. Die Gesellschaft hat jetzt eine neue Leitung und wird im Jahre 1928 aller Voraussicht nach schon wieder aktiv sein. Die Ybbstaler Kohlenwerke sind in der Zeit der ärgsten Kohlennot unter Beteiligung des Bundes, der Gemeinde St. Pölten und Waidhofen und mehrerer Grossindustrien des Gebietes gegründet worden. Als sich zeigte, dass die grossen Investitionen, die im Jahre 1922 und 1923 vollkommen berechtigt waren, infolge der Rückkehr normaler Zustände sich nicht mehr amortisieren lassen, haben wir statt jeder Verschleierung die Liquidierung vorgenommen. In beiden Unternehmungen haben auch Vertreter der Minderheit mitgewirkt. Die Anwürfe der Minderheit gegen die Personalpolitik der Gemeinde weist Stadtrat Breitner unter Hinweis darauf zurück, dass es bei der Gemeinde keine Altpensionisten gibt, dass für die städtischen Angestellten die Pensionbemessungsgrundlage von 90 Prozent besteht und dass die Gemeindeangestellten bereits seit dem Jahre 1927 dem 13. Monatsgehalt beziehen.

Wenn man all das mit den Verhältnissen der Bundesangestellten vergleicht, so ist eine Kritik gewiss nicht am Platze. Stadtrat Breitner beschäftigt sich sodann im Einzelnen noch mit den Ausführungen der einzelnen Redner und stellt zum Schlusse mit Bedauern fest, dass die Minderheit den Rechnungsabschluss gegenüber einen so schroff ablehnenden Standpunkt einnimmt.

Obwohl sich die Mehrheit bemüht, ~~den~~ <sup>sichem ihr</sup> Minderheit nicht die volle Kontrolle zu ermöglichen sondern auch Gelegenheit zu wirksamer Mitarbeit zu geben. Die Tatsache, dass im Jahre 1927 drei Schulzahnkliniken, fünf Kinderfreibäder, die Kinderherberge am Wilhelminenberg, eine Mütterberatungsstelle, eine Reihe von Kindergärten und Horten geschaffen wurden, dass in diesem Jahre 7619 Familien Wohnungen in den neuerbauten Gemeindehäusern zugewiesen wurden, ist eine gewaltige Leistung. Das sollte nicht nur die Mehrheit sondern auch die Minderheit bestimmen, den Rechnungsabschluss gutzuheissen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 ist damit beendet. Der Gemeinderat tritt nun in die Spezialdebatte über die einzelnen Verwaltungsgruppen ein. Zur Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform spricht Gemeinderat Gschladt (E. L.) Er kritisiert zunächst, dass den Pensionisten der Gemeinde Wien, denen im Jahre 1921 die Automatik versprochen wurde, diese im Jahre 1925 weggenommen worden ist. Das ist ein schweres Unrecht, das unbedingt gutgemacht werden muss. Wenn hier immer wieder hervorgehoben wird, dass die Gemeindeangestellten einen 13. Monatsbezug haben, so ist das eine Irreführung der gesamten Bevölkerung. Die damalige Bezugsregelung ist hinter der für die Bundesangestellten zurückgeblieben. Die Personalverwaltung ist ein sehr trauriges Kapitel. Der Geist, der sie beherrscht, ist ein rein parteipolitischer. Die Angestellten werden durch das System "Zuckerbrot und Peitsche" niedergehalten. Der Redner bespricht dann sehr ausführlich die Beförderungen im Stande der rechtskundigen Gemeindebeamten. Von 274 Rechtskundigen Beamten sind 156 auszeichnungswise vorgerückt. Von diesen sind alle Mitglieder des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien, eine Tatsache, die das Märchen ad absurdum führt, dass das Personalreferat unparteiisch verwaltet wird. Durch dieses System wird vor allem die Verwaltung geschädigt, da die Arbeitsfreudigkeit der anderen Angestellten durch solche Ungerechtigkeiten herabgedrückt wird. Die Ernennungen auf Vorschlag der Personalvertretungen sind das reine Lotteriespiel. Diese Zustände, die das Ansehen der Stadt Wien und des Wiener Gemeinderates schwer schädigen, müssen schleunigst aus der Welt geschafft werden. (Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Speiser erwidert zunächst auf die Ausführungen des Gemeinderates Gschladt, dass der 13. Monatsbezug kein Märchen, sondern eine feste Tatsache sei. Der 13. Monatsbezug ist ein Plus auf die Bezugsregelung der Bundesangestellten, die um zwei Prozent hinter der Bezugsregelung für die Angestellten der Gemeinde Wien zurückgeblieben ist. Weiters ist es auch Tatsache, dass die Gemeinde Wien ihre Angestellten besser bezahlt als der Bund. Von einem System "Zuckerbrot und Peitsche" kann in der Personalverwaltung unter keinen Umständen gesprochen werden. Der Vorwurf der Parteilichkeit kann ebenfalls nicht erhoben werden, dass die ausgezeichneten rechtskundigen Beamten dem Verbands der städtischen Angestellten angehören, ist gar nicht verwunderlich, weil von allen 274 Juristen nur 8 dem Verbands nicht angehören. Das Personalreferat wird rein sachlich geführt, weshalb auch keine Handhabe zu einer parteiischen Verwaltung gegeben ist. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Kunschak (E. L.) stellt gegenüber den Ausführungen des Finanzreferenten und des Personalreferenten fest, dass der Bund im Jahre 1926 seinen Beamten eine 12 ein halb prozentige, im Jahre 1927 eine durchschnittlich acht ein Viertelprozentige Erhöhung der Bezüge und daneben auch die Kinder- und Frauenzulage gewährt hat. Dem steht seitens der Gemeinde der sogenannte 13. Monatsgehalt gegenüber mit dem die zwölf ein halb Prozent plus den acht ein Viertelprozent konsumiert werden. Der 13. Monatsgehalt bei der Gemeinde Wien ist daher nur eine andere und zwar eine nicht zulängliche Form für dass was der Bund seinen Angestellten gegeben hat. Wenn man es rein fiskalisch betrachtet, kann sich die Gemeinde auf diese andere Form nicht beru-

fen, da die Gemeinde hierbei ganz bedeutende Interkalarien lagert. Was die Bemerkung betrifft, dass die Gemeindeangestellten besser bezahlt sind als die Bundesangestellten, so sei demgegenüber festgestellt, dass die Gemeindeangestellten seit der Gehaltsregulierung vom Jahre 1898 in ihren Bezügen immer besser daran waren als die Bundesangestellten und dass die Spannung zwischen den Bezügen dieser beiden Beamtengruppen jetzt geringer als sie früher war. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Damit ist die Debatte über die Gruppe I beendet. Zur Verwaltungsgruppe "Finanzangelegenheiten" ist kein Redner vorgemerkt.

Zur Gruppe Wohlfahrtseinrichtungen Jugendfürsorge und Gesundheitswesen verweist GR. Dr. Pfeiffer (E.L.) darauf, dass ungefähr 50 Millionen für Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien ausgegeben werden. Bei diesen hohen Kosten wäre es notwendig, dass die Mitglieder des Gemeinderates Einblick in die Führung dieser Anstalten erhalten. Dr. Pfeiffer bezeichnet es als einen Mangel, dass in den Anstalten nur die Kassa, nicht aber auch die Vorräte, die unter Umständen einen weitaus höheren Wert als die Kassenbestände haben, skontriert werden. Es ist zu wünschen, dass sich die Skontrierung auf alle Werte der Anstalten erstreckt und dass dazu auch Mitglieder des Gemeinderates beigezogen werden. Dr. Pfeiffer beängelt es, dass nicht sämtliche Mittel der Fürsorgeabgabe für Fürsorgezwecke verwendet werden und stellt den Betrag von 7,180.000 Schilling, der bei dieser Verwaltungsgruppe erspart wurde, dem Betrag von 168.000 Schilling gegenüber, der für die Armen Wiens auf den Strassen Wiens erbettelt worden sei. Diese Strassenbettelei für die Armen Wiens muss aufhören wie überhaupt in einer so reichen Stadt die ganze Strassenbettelei verschwinden muss. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Körber (E.L.) findet es sehr bedauerlich, dass sich das Kontrollamt über das Vermögen des Bürgerspitalsfonds überhaupt nicht geäußert hat. Der Fond ist ausserordentlich bedeutend, er verfügt in Wien allein über 33 sehr bedeutende Häuser. Die Einnahmen und Ausgaben sind sehr hoch und schon deshalb wäre eine Aufklärung dringend nötig. Wir haben wiederholt verlangt, dass über das Vermögen des Bürgerspitalsfonds ein Bericht vorgelegt wird, was aber bis heute nicht geschehen ist. Auf der einen Seite sind kolossale Ausgaben zu verzeichnen auf der anderen Seite werden den armen Leuten, die 16 Schilling Rente beziehen, die ausserordentlichsten Schwierigkeiten gemacht. GR. Körber verlangt auch, dass den Pflegekindern des aufgelassenen Bürgerversorgungshauses in der Währingerstrasse bei ihrer Unterbringung in Lainz mehr Entgegenkommen bezeugt werde als dies geschehen ist und spricht die Erwartung aus, dass in der allernächsten Zeit dem Gemeinderatein genauer Bericht über das Vermögen des Bürgerspitalsfonds erstattet werden wird. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Tandler sichert zu, dass sobald es die Witterung erlaubt die Mitglieder des Ausschusses III in den Anstalten der Gemeinden zwecks Besichtigung werden herumgeführt werden. Er tritt der Behauptung des Gemeinderates Pfeiffer entgegen, dass sich die Skontrierung in den Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde nur auf die Kassenbeträge bezieht und stellt fest, dass genaue, vielleicht zu genaue Inventur in allen diesen Anstalten durchgeführt wurden. Das dort bestehende Rechnungsverfahren wird von Sachverständigen als ganz ausgezeichnet erklärt. Stadtrat Tandler berichtigt sodann die Auffassung des GR. Pfeiffer hinsichtlich der Verwendung der Fürsorgeabgabe, indem er darauf verweist, dass auch die Personalquote der Gruppe III und ein in der Gruppe IV verrechneter Betrag unter diesem Titel verrechnet werden müssen. Was den Bürgerspitalsfonds anlangt so handelt es sich hier um eine schwer zu klärende juristische Angelegenheit. Der Fond ist durch die Zuwendungen an so ausserordentlich viele Bürger passiv geworden. Dem aus dem Bürgerversorgungshaus auf der Währingerstrasse in Lainz untergebrachten Bürgern ist in jeder Richtung entgegengekommen und es sind alle ihnen gegebenen Versprechungen erfüllt worden.

Zur Verwaltungsgruppe Sozialpolitik und Wohnungswesen spricht zunächst Gemeinderat Stöger (E.L.), der darauf verweist, dass die Hauspersonalabgabe tausende von Hausgehilfinnen in ihre Existenz gebracht hat. Hinsichtlich der von der Gemeinde Wien befolgten Wohnungspolitik erklärt der Redner, dass sich die Gemeinde beim Bau der Wohnungen übernommen hat. Stadtrat Weber hat vor Jahren erklärt, in drei bis vier Jahren die Wiener Wohnungsnot zu beseitigen. Wir leiden noch heute unter der grössten Wohnungsnot und Obdachlose müssen im Freien kampieren. Schliesslich verlangt der Redner die Förderung des Siedlungswesens. Es wäre auch höchste Zeit, endlich einmal mit dem Bau von Zwingburgen Schluss zu machen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Unterwiesing (E.L.) stellt fest, dass die stellensuchenden Hausgehilfinnen immer mehr die städtischen Dienstvermittlungen meiden. Es wäre daher wünschenswert, wenn für die städtischen Dienstvermittlungen mehr Reklame gemacht werden würde. Die Ausgestaltung der Auszahlungsstellen für Arbeitslose wäre ebenfalls ehestens am Platze.

GR. Dr. Wagner (E.L.) bemerkt, die Behauptung des Stadtrat Weber im vorigen Jahre aufgestellt hat, dass die Wohnungsnot in Wien durch die Bautätigkeit der Gemeinde beseitigt werden wird heute nach den Äusserungen hervoragender sozialdemokratischer Parteileute nicht aufrechterhalten werden kann. Tatsächlich werden auch täglich 1158 Personen im Obdachlosenheim und 561 Personen in Dauerheimen untergebracht. Ein weiterer Beweis für das Wohnungselend in Wien sind die ausserordentlichen Instandhaltungskosten für den Abbruch der Kriegsbaracken und der abbruchreifen Häuser. Trotz aller finanziellen und verwaltungstechnischen Anstrengungen der Gemeinde ist der Zustand im Wiener Wohnungswesen ausserordentlich unbefriedigend. Dr. Wagner verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es im Jahre 1914 in der Hochsaison 55.000 Bauarbeiter gegeben hat, heute nur rund 24.000 von denen durchschnittlich 10.000 arbeitslos sind. Lediglich 8.000 Bauarbeiter werden bei den Gemeindebauten beschäftigt, eine verschwindende Ziffer im Verhältnis zur Gesamtarbeitlosenziffer. Wenn man bedenkt, dass in den Jahren 1912 und 1913 je 14.000 Wohnungen gebaut wurden so muss der Erfolg der Wohnbautätigkeit der Gemeinde als ein miserabler bezeichnet werden. Für die Instandhaltung der Häuser werden jetzt verhältnismässig geringe Kosten verrechnet, in einigen Jahren werden diese Kosten aber bedeutend höher sein und dann erst werden sich die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik so recht zeigen. Der Redner kritisiert sodann das Verhalten des Wohnungsamtes, dass gekündigte Parteien zwingt den Kündigungsprozess in allen Instanzen bis zum Belogierungsauftrag führen und dadurch armen Leuten hohe Kosten verursacht und erhebt den Vorwurf, dass die Gemeinde auch nichts zur Verbesserung des Verkehrs tue. Die Betriebsaufnahme der 109 Autobusse muss angeblich deshalb verschoben werden, weil das Rathaus die Strassenbahndirektion zwingt, nur sozialdemokratisches Personal anzustellen, die sie sich aber bei der Ausbildung als untauglich erweist. Der Redner erklärt, dass er gegen den Rechnungsabschluss stimmen wird. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber bemerkt zunächst, er verschiebe die Aussprache über das Mietsproblem und Wohnungsproblem auf die in einigen Tagen stattfindende Budgetdebatte. Was die Arbeitsvermittlungen anbelangt durch die Vermittlung in der Rosinagasse bereits in das Stephaniespital überdiedelt, die Vermittlung beim Waberger wird demnächst in die Stämpergasse überdiedeln. Der Umstand, dass heute von den städtischen Vermittlungsbüro weniger vermittelt wird, erklärt sich aus dem Ausbau der karitativen Arbeitsnachweisstellen. Stadtrat Weber tritt sodann der Behauptung des GR. Dr. Wagner entgegen, dass die grosse Zahl der Arbeitslosigkeit irgendwie mit der Wohnpolitik der Gemeinde im Zusammenhang gebracht werden könne, indem er die Frage aufwirft

#### Vierter Bogen

worauf die grosse Zahl der Metallarbeiter der Schneider und der Kellner zurückzuführen ist. Sodann verweist er darauf, dass in den zehn Jahren vor dem Kriege der Wohnungszuwachs in Wien rund 9300 Wohnungen betrug während heute, da kein Bevölkerungszuwachs erfolgt jährlich 6000 Wohnungen also nur um 2000 weniger gebaut werden. Die grosse Obdachlosigkeit die in allen Grosstädten besteht ist nicht auf die geringere Bautätigkeit sondern auf das Defizit an Wohnungen zurückzuführen, dass durch die Unterbrechung der Bautätigkeit während des Krieges eingetreten ist.

Ein Spaziergang durch das alte Wien zeigt Ihnen Dinge, die eine Schande für das frühere Wiener Wohnungswesen sind. Diese alten Häuser stammen aus Ihrer glorreichen Zeit (Widerspruch bei der Minderheit). Herr Gemeinderat Rummelhardt hätte damals schon viel zur Assanierung des Lichtentals beitragen können, es ist aber nichts geschehen. Auch in England, ja sogar auch in Staaten, wo ein Wohnungsüberschuss vorhanden ist, werden die alten Häuser nicht niedrigerissen, da nicht ebensoviele neue Wohnungen gebaut werden können, als alte demoliert werden. (Zwischenrufe bei der Minderheit: Der private Hausbau hat die alten Häuser immer erneuert!) Auch wir erneuern alte Häuser (Widerspruch bei der Minderheit). Dr. Kolassa: Wir brauchen viele Bauherren, aber kein Monopol! Dass es noch Demolierungsbüro gibt, ist ein Beweis, wie sehr uns das Enteignungsgesetz fehlt. Erst unlängst haben sich ein Haager Baufachmann und ein französischer Minister gewundert, dass der Gemeinde kein entsprechendes Gesetz zur Verfügung steht. Es ist zu begrüssen, dass die Unterster eigene Wohnungen anstreben, alle Wohnungssuchenden aber zu befriedigen, ist unmöglich, da noch zu wenig gebaut wird. (Zwischenrufe bei der Minderheit: Ermöglichen Sie den privaten Bau!) Mit 1. Jänner 1926 haben Sie den freien Wohnungsmarkt geschaffen und seit dieser Zeit ist das Wohnungsamt nicht mehr in der Lage, alle Parteien Wohnungen zu geben, die gekündigt worden sind. Wenn wir die jährlich durchschnittlich 3000 bis 4000 freiwerdenden Wohnungen vergeben könnten, würden wenigstens die bedürftigsten Wohnungssuchenden untergebracht werden. Will aber jemand auf dem freien Wohnungsmarkt zu einer Wohnung kommen, muss er eine fast unerschwingliche Ablöse und dazu noch eine hohe Miete zahlen. Der Unterschied zwischen Ihrer Wohnbaupolitik und der unsrigen ist, dass wir bauen und Sie reden. (Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch bei der Minderheit).

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe Sozialpolitik und Wohnungswesen ist damit abgeschlossen. Der Vorsitzende GR. Hofbauer bricht um 22 Uhr die Sitzung ab. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt. Zur Verhandlung kommt in der Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien für das Jahr 1927 die Verwaltungsgruppe für Technische Angelegenheiten.